

Einreiseerlaubnis für Israel und Judd. Die Einreiseerlaubnis für den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Judd zur bevorstehenden Tagung des Rheinischen Provinziallandtages nicht erteilt. Die Einreiseerlaubnis für den Reichsminister des Innern Dr. Jarres, des Präsidenten des Provinziallandtages, wurde zurückgezogen.

Deutscher Evangelischer Kirchentag in Wiesbaden. Mit den Vorträgen über die Stellung der evangelischen Kirche zur Familie und zur Arbeit wurden am Sonnabend die Verhandlungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages eingeleitet. Da umfangreiche Hauptkathungen stattfinden müssen, hatte das hohe Haus — so ist auch die offizielle Bezeichnung des Kirchentags — beschlossen, am Sonntag keine Plenarsitzungen stattfinden zu lassen; vielmehr ist die nächste Vollversammlung auf Montag vormittag einberufen. Die Montagssitzung wird sich voraussichtlich mit Verfassungsfragen beschäftigen, während die Schlußsitzung des Deutschen Kirchentages am Dienstag im Anschluß an die angeführten Referate die große Aussprache über die Stellung der deutschen evangelischen Kirche zu den sozialen Problemen der Zeit bringen soll, eine Aussprache, die angesichts der vielen prominenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die der Kirchentagsversammlung angehören, recht interessant zu werden verspricht.

Hausbesitzertagung in Zittau.

Eine aufsehenerregende Rede Bürgermeister Rätz.

Die Vertreter des sächsischen Hausbesitzes waren vom 13.—15. Juni in Zittau versammelt, um auf einem ordentlichen Verbandstag Stellung zu den Fragen der Wohnungswirtschaft zu nehmen. Die Tagung gab es in einer von etwa 1000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung. Zwei Reichstagsabgeordnete, Dr. Rätz, Dresden und Bude, Chemnitz, Vertreter sämtlicher bürgerlichen Landtagsfraktionen, Amtshauptmann Dr. Richter für das Wirtschaftsministerium, Oberbürgermeister Zwirgmaier und Bürgermeister Stolzenburg für die Stadt Zittau, ferner Vertreter des Verbandes der Industriellen, des Bundesauschusses des sächsischen Handwerks usw. waren als Ehren Gäste erschienen. Auch der Verband der nordböhmischen Hausbesitzervereine hatte einen seiner Führer entsandt.

Der Verbandsvorsitzende, Rechtsanwalt Kohlmann-Dresden, begrüßte die Erschienenen und würdigte dann die Lage des sächsischen Hausbesitzes. Der sächsische Finanzminister habe im Landtag zugegeben müssen, daß die Mieten in Sachsen die niedrigsten in ganz Deutschland seien. Was das bedeute, sei aus einer Entwidung des Berliner Grundbuchamtes zu ersehen. Das erklärt habe, ein Grundstück habe nicht nur seinen Wert für seinen Besitzer mehr, es bedeute für diesen sogar einen Schaden in finanzieller und gesundheitlicher Hinsicht. Wenn die Verhältnisse, so fährt der Redner fort, in Sachsen nun ganz ausnahmsweise schlimm liegen, so ist dies eine Folge davon, daß das Justizministerium die Mietpreisbildung regelt, eine Behörde, die nach formaljuristischen, nicht aber nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheidet. Wäher ergriff

Reichstagsabg. Bürgermeister Dr. Rätz

das Wort zu einem bedeutungsvollen Vortrage über Hausbesitz und Realcredit. Dr. Rätz streifte zunächst allgemeine Fragen der Wohnungsgesetzgebung. Die Entwicklung des Hausbesitzes sei in der Periode der großen wirtschaftlichen Umschwüngen unseres Volkes seit 1918 darum ungünstlich gewesen, weil einmal die Konjunktur seit 1914 unübersehbar geworden war und weil andererseits einseitige wirtschaftliche und politische Auffassungen maßgebenden Einfluß auf die Regelung des Wohnungswesens erlangten. Fragen des Hausbesitzes seien aber keine Fragen reaktionärer politischer Richtungen, sondern sie gingen das ganze Volk an. Und so man nun Erzeaktionen oder Kommunism sei, aus dem Geleb der letzten Wohnungswirtschaft müßten wir

beraus, nicht durch leidenschaftliche Stellungnahmen, sondern durch nüchternes Bestreben des Zweckmäßigen. Dazu gehöre, daß das Anorganische aus der geltenden Wohnungsgesetzgebung verschwinde. Wir vernechten immer Gesetzgebung und Verwaltung miteinander; jene dürfe nur den Rahmen für diese abgeben, aber die Sache dürfe doch nicht so weit gehen wie beim Reichsmietengesetz, das in den einzelnen Ländern nahezu entgegengesetzt durchgeführt werde. Was die Zwangswirtschaft angehe, so hätte man dieser, um ihr Ziel richtig zu bezeichnen, lieber den Namen Planwirtschaft geben sollen. Eine Planwirtschaft sei nicht entstanden, sondern eine planlose Wohnungswirtschaft. Hier sei ein Beispiel dafür, daß man den Zwang nicht überspannen darf. Wenn er überall sonst gefallen war, so mußte man sich klar sein, daß er im Wohnwesen nicht allein aufrechterhalten werden konnte. Dadurch werden auch zahlreiche andere Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen. Vom Standpunkt des Mieters, der, um nur eins herauszuheben, durch die Zwangswirtschaft bedrückt werde, müsse man die Zwangswirtschaft ebenso verwerfen wie vom Standpunkte des Hausbesitzers aus. Ein planvoller Abbau, der keine Aufhebung des Zwanges von heute zu morgen bedeute, sei unabwiesbar und müsse die Mieten wieder auf den Friedensstand bringen. Anorganisch sei endlich die Steuererleichterung des Reiches gewesen. Dr. Rätz erklärte, daß er

drei Steuern zur Deckung des Finanzbedarfes ausreichend erachte, nämlich eine richtig ausgebaute Einkommensteuer, eine Umsatzsteuer und eine in fünfjährigem Abstand zu erhebende Vermögenssteuer. Die Bleibeit der Steuern schaffe heute einen Anreiz zur Steuerhinterziehung. Es sei denkbar, daß auch einer, der den guten Willen dazu habe, kurzzeit den Anforderungen der Behörden nicht entsprechen könne. — Eine schwere Not des Hausbesitzes liege endlich in den Schwierigkeiten des Realcreditwesens begründet. Dr. Rätz ging damit zum zweiten Teil seiner Ausführungen über.

Die gekündeten Grundlagen des deutschen Realcredits sind vernichtet.

Der Währungssturz, hervorgerufen durch Währungsnotaten aus der Nachkriegszeit, ist die eine Ursache. Die zweite ist, daß die 35 Milliarden deutscher Spar- und Rentenguthaben beim Bankrott auf der Strecke geblieben sind. Damit war auch das Vertrauen der Wirtschaft, es war der deutsche Sparsinn vernichtet. Viel wesentlicher als die Aufwertung ist es heute, daß die Voraussetzungen für eine Neubildung des verlorenen Kapitals geschaffen werden. Staats- und Privatwirtschaft müssen wieder in Ordnung gebracht werden. Eine rechtliche Bürgschaft ist für den Darleher von Hypotheken in dem Gesetz vom 23. Juli v. J. bereits gegeben; Hypotheken sind danach in Zukunft wertbeständig. Aber die rechtlichen Sicherungen fruchten noch nichts, solange die Wohnungszwangswirtschaft das große tatsächliche Kredithemmnis bleibt. Der Baie neigt zu der Auffassung, daß das Verschwinden der Hypotheken durch die Inflation eine günstige Lage für den Hausbesitz geschaffen habe. An die Stelle des Hypothekenausdägers hat sich aber der Staat gesetzt. Der Hauseigentümer erscheint heute nicht mehr als der eigentliche Besitzer, sondern nur mehr als der mächtige bezahlte Verwalter. Nicht einmal die 40 Prozent, die ihm nach dem Gesetz als Hausvertrag bleiben sollen, sind als solcher anzuzurechnen, denn es geht ihm davon nur das Verwaltungsgeld in Höhe von 5 Prozent. (Jurist: 2 Prozent.) Daraus folge: Ein Haus von 100 000 Mark Friedenswert ergebe heute nur mehr eine Friedensmiete als Rente. Sohin sei sein Kapitalwert heute 5000 Mark. Die 1. Hypothek gehe daher nur bis 2500 Mark. In dieser Tatsache liege die katastrophale Wirkung der Zwangswirtschaft zu Tage. Wir müssen wieder zur freien Wohn- und Kreditwirtschaft zurück.

Von Stadt und Land.

Am 16. Juni.

Zum Schiedspruch für den sächsischen Steinkohlendbergbau.

Im sächsischen Volksblatt Nr. 188 wird über den Schiedspruch vom 11. Juni Bericht erstattet. Es erübrigt sich im allgemeinen darauf einzugehen, da sich der Bericht in der Hauptsache in Berührung mit dem Reichsarbeitsministerium erschöpft. Die Öffentlichkeit dürfte es aber interessieren, zu erfahren, daß an dem Schlichtungsverfahren außer dem unparteiischen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium gestellt hat, auch der sächsische Schlichter vom Arbeitsministerium in Dresden, sowie Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichssohlenverbandes (von letzterem sogar ein Arbeitnehmervertreter) mitgewirkt haben. Daß der Schiedspruch materiell gegenüber dem zurückbleibe was anfänglich von den Arbeitgebern zur Vermeldung des Konfliktes angeboten worden war und auch noch hinter dem, was gelegentlich der letzten, leider ergebnislos abgebrochenen Verhandlung in Berlin seitens der Unternehmer angeboten werden konnte, dürfte für die Arbeiter eine bittere Lehre sein. Es wird aber andererseits einleuchten, daß bei den ungeheuren Verlusten, die die Werke erlitten haben und die von Tag zu Tag vergrößert werden, ihre Leistungsfähigkeit nicht gehoben wird. Naturgemäß mußten deshalb sich die Chancen für die Arbeiter, bei dem Kampfe etwas herauszuholen, immer mehr verringern. Je länger der Kampf dauerte, insbesondere hat die Verzögerung der Rotlandarbeiten den Werken solche Wunden geschlagen, daß sie froh sein werden, wenn sie die von der Wiederaufnahme der Arbeit an zu zahlenden Löhne irgendwo gepumpt erhalten. — Es wäre direkt sinnlos, wenn hiernach die Arbeiter weiterhin im Kampfe verharren sollten, da dann schließlich auch noch die letzten der gebotenen Vorteile hinfällig werden müßten und die Möglichkeit der sofortigen Einstellung für die Bergarbeiter immer unwahrscheinlicher werden würde. Hoffentlich wird nun auch die Öffentlichkeit, insbesondere die Gemeinden, aufhören, nachdem nun wiederholt die Reichsbehörden die Unmöglichkeit einer tariflichen Lohnerhöhung festgestellt haben, Bergarbeiter durch Unterstühtungen zu einer Verlängerung des aussichtslosen Streiks zu ermuntern.

Die Funktorkonferenz des Bergarbeiterverbandes in Dichtenstein hat in ihrem ablehnenden Beschluß wiederum derart irreführende Behauptungen aufgestellt, daß sie nicht unüberbrochen bleiben dürfen. Es wird da gesagt, daß die tariflichen Spitzenlöhne für die bestbezahlten Arbeiter zur Zeit auf 3,63 Mark ständen, also noch weit unter den Vorkriegslöhnen. Außerdem wird behauptet, daß der Schiedspruch eine besondere Verzögerung der Mehrarbeit nicht vorläge. Es wird deshalb nochmals festgesetzt, daß nach dem in der Presse schon früher mitgeteilten Schiedspruch vom 24. April d. J. die achte Stunde mit einem Siebentel des Verdienstes abgezogen wird. Die oben erwähnten 3,63 Mk. stellen nicht das tägliche Verdienst, sondern nur den Arbeitslohn pro Schicht dar. Wie bisher immer, wird also der monatliche Restlohn verschwiegen, der aber sehr beträchtlich ist. Man überlege sich, daß der Dauer tariflich im Durchschnitt 5 Mk. je Schicht verdient. Tarifliche Spitzenlöhne gibt es überhaupt nicht, sondern nur tarifliche Mindestlöhne. Die Spitzenlöhne liegen im Wirklichkeit weit höher als 5 Mark.

Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch angenommen.

Kein Eisenbahnerstreik!

Am Sonnabend nachmittag haben, wie bereits gemeldet, die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (Gewerkschaftsbund, freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften) über die Beilegung

Das Chamäleon.

Von Sven Eisebad.

Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer. (21. Fortsetzung.)

Der Mann ging auf die Tür zu. „Wie sind Sie hier heretagekommen?“ fragte Krag. Der Mann lächelte. Es war ein sonderbares Lächeln dieser dünnen, grausamen Lippen. „Selbstverständlich durch die Tür,“ erwiderte er. „Ich kenne Sie nicht, und Sie müssen mir verzeihen, aber ich finde Ihren Ton etwas merkwürdig,“ sagte Krag. „Ich bin Verwalter hier auf dem Hofe, Herr Deutnant,“ erwiderte der andere. „Hans Christian hat mir den Befehl gebracht. Ihnen ein Pferd zu einem Ausritt zu besorgen, und ich bin gekommen, um Ihnen mitzuteilen, daß das Pferd gefattet ist. Das ist das Ganze.“ „Gut. Aber Sie irren sich. Ich bin nicht der Deutnant.“ Der andere zog die Augenbrauen in die Höhe. „Dann behaupte ich das Widerspruch,“ sagte er. „Ich meine, dies seien die Zimmer des Herrn Deutnants.“ „Das sind sie auch. Aber ich bin ein anderer von den Gästen des Herrn Generals. Ich heiße Storm, Kandidat Storm.“ „Verwalter Prince,“ erwiderte der Mann. „Wo kann ich den Herrn Deutnant finden?“ „Wenn ich mich nicht irre, kommt er eben.“ Im Saal wurden Schritte laut, und gleich darauf trat Rosenfranz ins Zimmer. Er war zu Anfang augenblicklich überrascht, als er sah, daß nicht allein er und Storm, sondern auch der Kandidat Storm, sagte er:

„Ach, das ist ja der Verwalter! Die Herren kennen einander wohl schon?“ Der Verwalter verbeugte sich. „Ich kam wegen des Pferdes. Es ist gefattet.“ „Ach so. Ich danke Ihnen. Ich komme sofort.“ Der Verwalter verbeugte sich vor Krag und entfernte sich. Aber er lächelte beim Fortgehen, ein eigentümliches und beinahe unmerkliches Lächeln. Als seine Schritte verhallt waren, sagte Krag: „Ein sonderbarer Kerl. Ich mag sein Gesicht nicht.“ „Er soll ein sehr tüchtiger Mann sein,“ bemerkte Rosenfranz. „Sein Gesicht gefällt mir nicht,“ wiederholte Krag. Und nun fing er an, den Ramin näher zu betrachten. Es war ein großer, altmodischer Ramin, einer von denen, die ein halbes Kloster Holz auf einmal verschlingen. Der Deutnant warf sich in einen der großen Lederseffel und legte seine Füße auf das Raminrücken. „Wenn ich so behaglich hier sitze, dann reut es mich gar nicht, daß ich Paris verlassen habe,“ bemerkte er. „Nun was haben Sie Merkwürdiges an dem Ramin gefunden?“ „Nichts weiter als die Lösung des einzigen wirklich rätselhaften in dieser Sache.“ Rosenfranz stand langsam auf und schaute seinen Freund an. „Dann erfahre ich jetzt wohl auch etwas davon?“ Krag lachte. „Ihr Pferd wartet. Wieder Freund. Sie vergessen Ihren Ritt.“ „Sie wollen mir also keine Erklärung geben?“ „Nein, weil ich noch nichts zu erklären habe.“ Rosenfranz gab darauf keine Antwort. Er lächelte sein bekanntes leuchtendes Lächeln, ging dann in sein Schlafzimmer und zog sich für den Ritt um.

Um acht Uhr waren alle Gäste des Generals anwesend. Es waren der Schutzherr, groß und dick und rot, der sich beinahe lächelnd verbeugte, Farrer Winter, bleich und mit seinem gewohnten gütigen Lächeln, und ein paar Gutbesitzer, die den General lärmend wieder in der Gegenwart willkommen hießen. Der besagte Krag kehrte in der Gesellschaft von Fräulein Wulfe trotz ihrer Jugend eine vorzügliche Wirtin, die mit großer Sicherheit die Schmelzeleien der älteren Herren entgegenzunehmen verstand. Nachdem sie die Herren im Rauchzimmer bei Wein und Zigarren wohl untergebracht wußte, zog sie sich zurück, und nun ging die Unterhaltung mit Gelächter und allerlei anspieligen Geschichten erst recht los. Der General erzählte Anekdoten, die er in seiner Jugend erlebt hatte, wobei sich auch Farrer Winter beteiligte. Nur einer langweilte sich ganz jämmerlich, obgleich er sich alle Mühe gab, das zu verbergen, und das war Rosenfranz. Wenn plötzlich nahm die Unterhaltung eine Wendung, die auch seine Aufmerksamkeit fesselte. Einer der Gutbesitzer sagte: „Rebendel gesagt, Herr General, was macht denn das Gespenst?“ „Das Gespenst?“ fragte der General. „Was soll das heißen?“ „Während Sie im Ausland waren, hat sich ein Gespenst auf dem Gut eingeschlichen. Wissen Sie das nicht?“ „Nein, davon habe ich noch nichts gehört. Das ist wohl nichts als das gewöhnliche Rumpelstilzchen.“ „Es muß doch etwas daran sein, Herr General, denn alles spricht davon. Auch in der Stadt geht das Gerücht um.“ Der General wurde ernst. „Das wäre verflucht, ein solches Gerücht ist mir sehr unwillkommen,“ sagte er. „Wie sieht denn das Gespenst aus?“